

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2016
im Rat der Stadt Herten – 24. November 2015**

Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Auch in diesem Jahr müssen wir feststellen, dass von „Stärkung“ aus dem Stärkungspakt nichts zu spüren ist. Die strukturelle Unterfinanzierung bleibt bestehen, die Neuverschuldung steigt an, das Konnexitätsprinzip wird weiterhin missachtet und nur die andauernde Niedrigzinspolitik der EZB hat uns davor bewahrt, dass angesichts unseres enormen Schuldenstandes nicht schon jetzt „Schicht im Schacht“ ist.

Aber auch auf kommunaler Ebene werden Entscheidungen getroffen, die dazu führen, dass wir mit über 5.000 Euro eine der höchsten pro Kopf Verschuldungen in NRW haben. Was ist hier falsch gelaufen?

Nehmen wir das Beispiel Optionskommune. 2011 beschlossen Sie, die große Jobcenterreform durchzuführen. Von Anfang an war klar, dass der Kreis und die Städte diese Aufgabe nicht stemmen können! Heute sehen wir, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen keineswegs gesunken ist und der regionale Arbeitsmarkt so gut wie keine Chancen bietet, diese Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Und weil es äußerst aufwendig ist, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen, sind die Verwaltungskosten enorm hoch. Deshalb wurden in den letzten Jahren immer mehr Mittel, die für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt vorgesehen waren, dazu benutzt, um die laufenden Kosten der Verwaltung zu decken. Dennoch bleiben Stellen unbesetzt. Die Leidtragenden sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Arbeitsdruck steigt und die Leistungsberechtigten, die länger auf Zahlungen warten oder gute Qualifizierungen nicht mehr erhalten. Eine umfassende Betreuung von Langzeitarbeitslosen – wie im Konzept damals versprochen – ist unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Und die Verwaltungen im Kreis und in Herten werden weiterhin dafür sorgen, dass wir leider nie erfahren werden, wie viele Millionen Euro hier für die so genannte „Reform“ verschwendet wurden. Bis heute werden exakte Zahlen nicht herausgegeben und die Verantwortung von der Kommune an den Kreis und umgekehrt hin- und hergeschoben! Das verworrene Geflecht der Optionskommune ist intransparent und ineffektiv. Nun soll mit einer weiteren Reform der Reform alles besser werden soll. Aber selbst intern werden geplanten Veränderungen mit großer Skepsis betrachtet.

10 Jahre Hartz IV bedeuten für viele Menschen in unserer Stadt 10 Jahre Armut, Ausgrenzung und Entmündigung per Gesetz. Wer in einer permanenten Existenzangst lebt, wird psychisch zerstört und für den ist es besonders schwer, sein Leben zu organisieren.

Und arme Eltern haben arme Kinder! Damit sind wir bei den Hilfen zur Erziehung. Jedes Jahr erreichen diese Ausgaben neue Höchststände. Daran ist abzulesen, wie sich Armut, insbesondere Kinderarmut, auf einem sehr hohen Niveau in unserer Stadt verfestigt hat und sogar steigt. Der tägliche Existenzkampf und die daraus folgende Überforderung der Eltern, Probleme auf dem Wohnungsmarkt, die Selektion im Bildungswesen und die knappen Ressourcen in der freien und öffentlichen Jugendhilfe sind ursächlich für diese Entwicklung verantwortlich!

Hinzu kommt, dass die finanziellen Belastungen für die Kommune mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungs- und Frühförderungsplatz von Kindern unter drei Jahren, einer Schwerpunktsetzung auf Förderung des Netzwerkes frühe Hilfen sowie mit den steigenden Ausgaben für Einzelfallhilfen stark angewachsen sind. In der Folge ist seit Jahren eine Mittelumschichtung in der Kinder- und Jugendhilfe zu Lasten der älteren Kinder und Jugendlichen zu beobachten. Dies führt auch in unserer Stadt zu einem langsamen, aber permanenten Wegbrechen von Strukturen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Wirksamer Kinderschutz muss aber mehrdimensional umgesetzt werden und darf nicht nur auf bestimmte Altersgruppen von Kindern zielen.

Wir müssen deshalb der präventiven Jugendhilfe und der Sozialarbeit einen viel höheren Stellenwert einräumen und vor allem hier mehr finanzielle Mittel einsetzen. Fachstandards müssen ernst genommen werden und der Personalschlüssel ist der wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen, die diese Angebote dringend brauchen, anzupassen – bevor die Hilfen zur Erziehung als letzter Schritt benötigt werden!

Eng mit diesem Thema verknüpft ist deshalb auch die Personalentwicklung. Denn ein Großteil der Kürzungen geht zu Lasten der Beschäftigten der Stadtverwaltung. Zwar versuchen die anderen Fraktionen hier im Rat das als Bürokratieabbau zu verkaufen. Aber im Kern geht es um tiefgreifende Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge! Folgt die SPD-Fraktion nun wieder einmal völlig willenlos dem Verwaltungsvorschlag, dann bleiben noch mehr Schulsekretariate unbesetzt, noch mehr Grünanlagen ungepflegt und Ämter wegen Krankheit vorübergehend geschlossen.

Zukünftig können nur noch neue Stellen im Rathaus geschaffen werden, wenn der jeweilige Fachbereich die Kosten an anderer Stelle in seinem Budget selbst einspart! Mit dieser so genannten „Personalaufwandsbudgetierung“ stehlen Sie sich aber, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, aus Ihrer politischen Verantwortung! Denn Siebürden den einzelnen Fachbereichsleitungen auf, welche Stellen genau gestrichen werden. Damit haben **diese** den schwarzen Peter: Denn ohne ein ausreichendes Personalbudget müssen **sie** die konkreten Kürzungsmaßnahmen durchsetzen.

Wir hätten uns gewünscht, dass bei solchen Maßnahmen auch in diesem Jahr Gewerkschaft und Personalrat kräftig dagegen protestieren! Denn die Folgen dieser Politik sind weitere Arbeitsverdichtungen, Arbeitsüberlastungen und überlastungsbedingte Krankheitsausfälle.

Aber von dieser unsozialen Politik sind längst nicht nur die Beschäftigten der Stadt betroffen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger. Dabei geht es nicht nur darum, mal 10 Minuten länger warten zu müssen – es sei denn, man wartet auf die Polizei oder den Notarzt.

Wenn städtische Institutionen nicht richtig arbeiten, dann kann das schnell existenzgefährdende Folgen haben, zum Beispiel, wenn es um soziale Belange oder Aufenthaltsgenehmigungen geht.

Wenn Sicherheitskontrollen und Überprüfungen auf ein Mindestmaß heruntergeschraubt werden und dringende Instandhaltungsmaßnahmen ausbleiben, wenn Jugendheime geschlossen werden und Beratungs- und Unterstützungsangebote wegfallen, dann hat das Konsequenzen, die viel dramatischer sind und zudem mehr Kosten verursachen – wie zum Beispiel bei den Hilfen zur Erziehung.

Kommen wir nun noch zur Stadtentwicklung. Die Verwahrlosung ganzer Stadtteile schreitet immer weiter voran. Und unsere Innenstadt wurde in den Medien als „traurigste Einkaufsstraße im Revier“ verspottet. Wie lange wollen Sie sich noch durch das Konsortium aus Hannover hinhalten lassen?

Die Entwicklungen der letzten drei Jahre kann man kurz so zusammenfassen: Wir träumten vom Shopping-Paradies und wachen auf in Ulis Reste-Rampe ... Das wollen Sie den Menschen hier doch wohl nicht allen Ernstes zumuten! Wir sollten uns von diesem Investor so schnell wie möglich verabschieden! Denn einen positiven Effekt wird ein so großes Einkaufszentrum niemals auf unsere heruntergekommene Innenstadt haben. Nein, es wäre ausschließlich ein Spekulationsobjekt großer Immobilienfonds, die nicht das geringste Interesse daran haben, wie sich das Umfeld hier entwickelt!

Und auch die dazu durchgeführten Bürgerbeteiligungen im Rahmen der so genannten Mitmachstadt waren eine Farce. Mittlerweile diskutieren und clustern die dorthin verpflichteten Mitarbeiter der Verwaltung fast nur noch unter sich. Die Menschen haben längst gemerkt, dass es nicht wirklich um ihre Ideen und Vorstellungen geht. Denn immer wieder zaubert die Verwaltung unabhängig von ihren Vorschlägen eigene Projekte aus dem Hut – wie zum Beispiel Motorworld auf Ewald, das im stillen Kämmerlein ausgebrütet wurde, oder das umstrittene Bewerbungsverfahren für die Landesgartenschau 2020, für das ebenfalls eine Menge Geld in der Emscher versenkt wurden.

Womit wir bei den Entwässerungsgebühren sind. Es ist wohl einmalig, dass eines der größten Infrastrukturprojekte Europas, die Emscher-Renaturierung, nicht über Steuern, sondern zum großen Teil über Gebühren der anliegenden Städte finanziert wird. Das allein ist eine enorme Belastung. Deshalb verschlägt es einem die Sprache, wenn nun die Verwaltung aufgrund von Fehlentscheidungen der letzten Jahre diese Gebühren um sage und schreibe 10 bzw. 13 % erhöhen will! Sie machen das Wohnen vorsätzlich noch teurer als nötig, nur um Ihre Löcher im Haushalt zu stopfen. Das machen wir nicht mit!

Die Liste der politischen Fehlentscheidungen ließe sich noch weiter fortführen. Ob es die Spekulationen mit den Frankenkrediten sind, das Burgenland, der Blaue Turm oder der Windpark Borkum ... am Ende zahlt immer der Bürger.

Zum Ende meiner Rede ist es mir aber noch wichtig, festzuhalten, dass Flüchtlinge nicht zunehmend für sämtliche soziale Missstände verantwortlich gemacht und somit zum Feindbild werden. Denn der Sozialabbau resultiert aus einer von Bund und Land diktierten Sparpolitik, deren fatale Auswirkungen nun besonders deutlich zum Vorschein kommen. Im Klartext: Wenn es zu wenig sozialen Wohnungsbau gibt, Schulen abgerissen und Gebühren und die Grundsteuer erhöht werden, dann ist dafür eine verfehlte Finanz- und Sozialpolitik verantwortlich, nicht die Flüchtlinge. Sie sind weder für die leeren Kassen der Kommunen noch für fehlende Kita-Plätze oder marode Straßen verantwortlich. Sie sind selbst Opfer der drastischen Kürzungen in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge. Wenn nun immer mehr Stimmen sagen, dass Flüchtlinge uns überfordern und zu viel kosten, befeuert dies nicht nur in gefährlicher Weise Ressentiments, sondern dient aktuell vor allem als Scheinargument, um von der unsozialen Kürzungspolitik der letzten Jahre abzulenken.

Deshalb danken wir heute den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne die in dieser Stadt wahrscheinlich gar nichts mehr ging.

Aber auch den Beschäftigten im Erziehungs- und Sozialbereich, den Mitarbeitern im Jobcenter und vielen anderen stets hilfsbereiten Personen innerhalb der Stadtverwaltung sagen wir Danke für Ihre engagierte Arbeit unter schwierigsten Bedingungen!

Auch diesem Kürzungshaushalt stimmen wir nicht zu!